



Energiewende-Barometer 2021 der IHK-Organisation

Unternehmensumfrage zur Umsetzung der Energiewende

 **Gemeinsam Nachhaltig**

DIHK

Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Im jährlichen „Energiewende-Barometer der IHK-Organisation“ sind die Ergebnisse einer Online-Unternehmensbefragung zusammengefasst, an der sich in den IHK-Gremien ehrenamtlich engagierte Unternehmerinnen und Unternehmer sowie weitere Mitgliedsunternehmen der IHK-Organisation beteiligt haben. Ziel des Energiewende-Barometers ist es, eine umfassende Bewertung der Unternehmen bzgl. der Fortschritte der Energiewende und der aktuellen Klima- und Energiewendepolitik zu erhalten.

Grundlage der Auswertung sind 2.589 eingegangene Antworten. Diese verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie (38 Prozent), Bauwirtschaft (5 Prozent), Handel (15 Prozent) und Dienstleistungen (42 Prozent). In regionaler Hinsicht kommen die Antworten zu 20 Prozent aus dem Norden Deutschlands, zu 34 Prozent aus dem Westen, zu 20 Prozent aus dem Osten und zu 28 Prozent aus dem Süden. Dem Norden werden die Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, dem Westen die Bundesländer Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland, dem Osten die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie dem Süden Baden-Württemberg und Bayern zugerechnet.

Die Befragung fand vom 7. bis zum 25. Juni 2021 statt.

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK) - Berlin 2021

Copyright	Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.
Herausgeber	© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. Berlin Brüssel
IHK-Energiewende-Barometer	ISSN 2196-9876 DIHK Berlin: Postanschrift: 11052 Berlin Hausanschrift: Breite Straße 29 Berlin-Mitte Telefon (030) 20 308-0 Telefax (030) 20 308 1000 DIHK Brüssel: Hausanschrift: 19 A-D, Avenue des Arts B-1000 Bruxelles Telefon +32-2-286 1611 Telefax +32-2-286 1605 Internet: www.dihk.de
Redaktion	DIHK – Bereich Energie, Umwelt, Industrie Dr. Hermann Hüwels, Dr. Sebastian Bolay, Julian Schorpp
Stand	September 2021
Titelbild	© Getty Images/acilo
Grafik	Friedemann Encke, DIHK

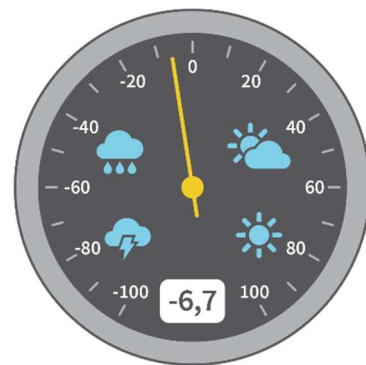
Inhalt

Energiewende-Barometer 2021 der IHK-Organisation – Unternehmensumfrage zur Umsetzung von Energiewende und Klimaschutz	2
Negative Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe nehmen zu.....	3
Strom- und Energiekosten sind auf breiter Front gestiegen.....	5
Versorgungssicherheitsniveau hat sich verbessert.....	6
Wirtschaft engagiert sich mit vielfältigen Aktivitäten im Klimaschutz.....	7
Nationale CO ₂ -Bepreisung: Auswirkung häufig noch unklar.....	15
Empfehlungen der Unternehmen an die neue Bundesregierung	17

Energiewende-Barometer 2021 der IHK-Organisation – Unternehmensumfrage zur Umsetzung von Energiewende und Klimaschutz

Zum Ende der Legislaturperiode hat die Bundesregierung die deutschen Klimaschutzziele deutlich angehoben. Bis 2030 sollen die Treibhausgasemissionen um mindestens 65 Prozent gegenüber den Emissionen des Jahres 1990 sinken. Bis zum Jahr 2045 soll Netto-Treibhausgasneutralität erreicht werden. Klimaschutz und seine Umsetzung im betrieblichen Alltag gewinnt damit für die Wirtschaft noch einmal an Bedeutung und Dringlichkeit.

Das Energiewende-Barometer der IHK-Organisation zeigt: Die gesamte Bandbreite der Wirtschaft bringt sich aktiv in Energiewende und Klimaschutz ein. Der Anteil der Unternehmen, die derzeit Effizienzmaßnahmen umsetzen, steigt von 35 auf 38 Prozent. Besonders deutlich nimmt die Nutzung der Elektromobilität zu: 65 Prozent der Unternehmen haben sich bereits entsprechende Fahrzeuge angeschafft oder planen dies.



IHK Energiewende-Barometer 2021

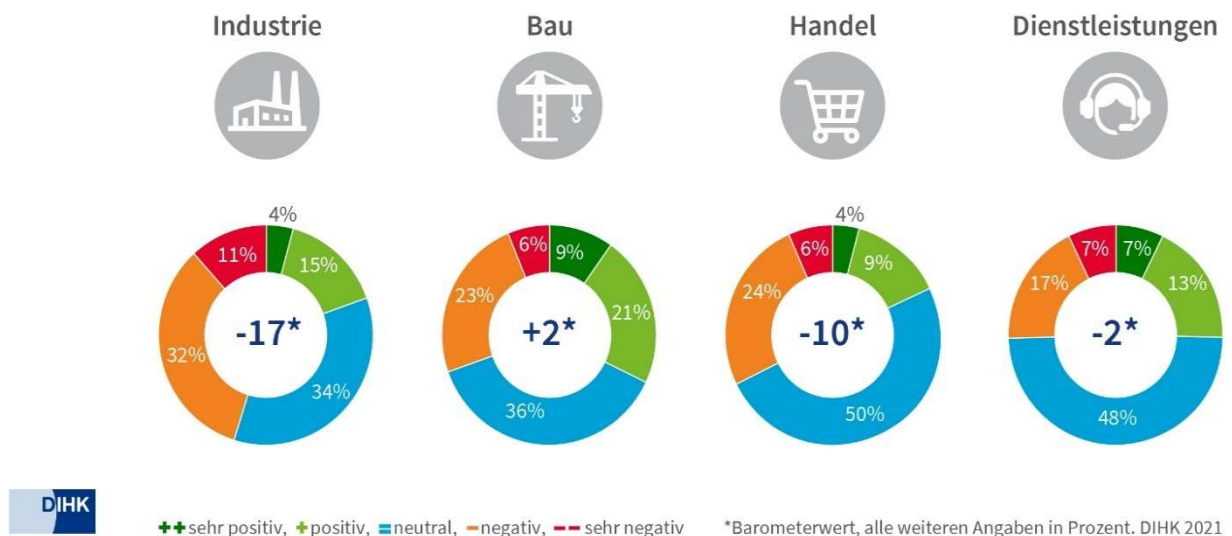
Zugleich sehen die Unternehmen wieder stärker die mit der notwendigen Transformation verbundenen Risiken für die eigene Wettbewerbsfähigkeit: Der Barometerwert sinkt im Vergleich zu 2020 um gut vier Punkte. Das geschieht einerseits vor dem Hintergrund der für viele Unternehmen nach wie vor schwierigen wirtschaftlichen Lage in Folge der Corona-bedingten Einschränkungen. Andererseits sehen die Unternehmen Defizite in den politischen Rahmenbedingungen für eine zügige Umsetzung von Energiewende und Klimaschutz. Langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren führen zu einem schleppenden Ausbau von Stromnetzen und Kapazitäten von erneuerbaren Energien. Hürden für die Betriebe stellen darüber hinaus vor allem die steigenden Energiekosten und hier insbesondere die hohen Steuern, Abgaben und Entgelte dar. Die CO₂-Bepreisung ist dabei eine Herausforderung insbesondere für Unternehmen im internationalen Wettbewerb, die Belastung von Strom mit der EEG-Umlage wird hingegen von Unternehmen in der Breite als Belastung und Fehlanreiz wahrgenommen.

Grundlage für das Energiewende-Barometer 2021 ist eine bundesweite Umfrage der IHK-Organisation, an der sich fast 2.600 Unternehmen aus allen Regionen und Branchen Deutschlands beteiligt haben.

Negative Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe nehmen zu

Über alle Branchen, Betriebsgrößen und Regionen hinweg sehen die Unternehmen in Deutschland unter dem Strich mehr Risiken als Chancen für die eigene Wettbewerbsfähigkeit: Auf einer Skala von minus 100 („sehr negativ“) bis plus 100 („sehr positiv“) bewerten die Unternehmen die Auswirkungen der Energiewende auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit durchschnittlich mit minus 6,7 und damit kritischer als im Vorjahr (2020: minus 2,5). Während 30 Prozent der Betriebe negative oder sehr negative Auswirkungen sehen, ist die Energiewende nur für 19 Prozent positiv bzw. sehr positiv für das eigene Geschäft. Die Klimaschutzziele wurden kurzfristig vor der Sommerpause angehoben, während die für die Zielerreichung notwendige Anpassung der regulatorischen Rahmenbedingungen unklar und damit für die Unternehmen nicht vorhersehbar ist. Zugleich wissen die Unternehmen aus ihrer betrieblichen Praxis, wie anspruchsvoll inzwischen die Realisierung von zusätzlichen Einsparpotenzialen ist. Zudem sind die Preise für Energie insgesamt sowie Strom im Speziellen weiter gestiegen, wie die Unternehmen berichten (s. folgendes Kapitel).

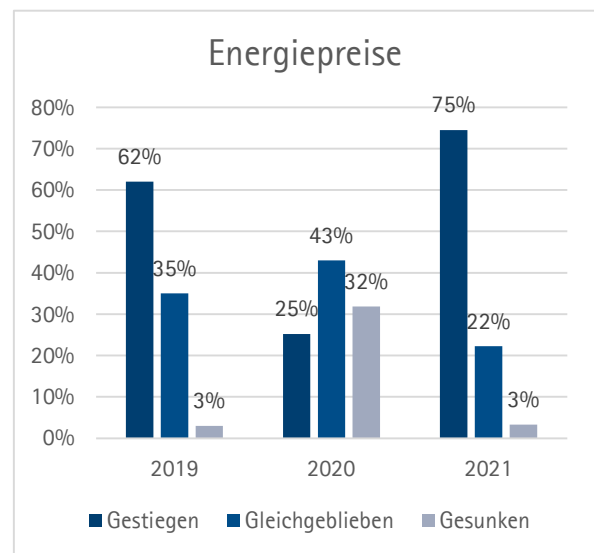
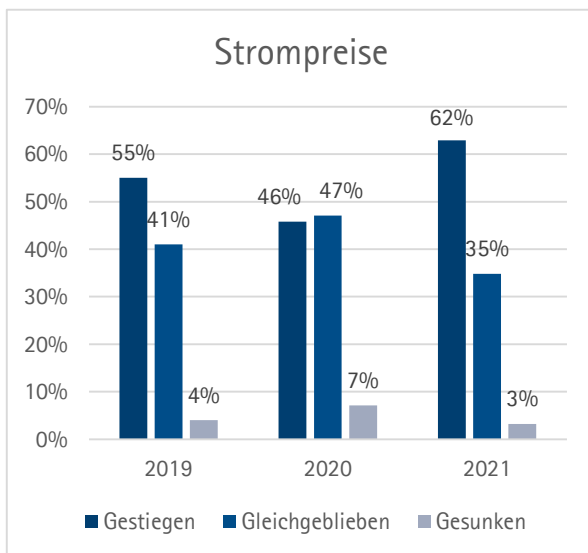
Branchen bewerten Auswirkungen der Energiewende auf Wettbewerbsfähigkeit unterschiedlich



Die Beurteilung der Energiewende für die Wettbewerbsfähigkeit des eigenen Unternehmens fällt zwischen den Sektoren unterschiedlich aus, auch wenn die Differenz zwischen der besten und der negativsten Einschätzung von 27 auf 19 Punkte sinkt. Insgesamt wird die Energiewende damit über alle Branchen wieder stärker als Belastung wahrgenommen. Am kritischsten bewerten die Industrieunternehmen mit -17 die Auswirkungen: 43 Prozent sehen einen negativen bzw. sehr negativen Einfluss auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit, wohingegen nur 19 Prozent eine positive Bewertung vornehmen. Industriebetriebe stehen besonders im internationalen Wettbewerb, so dass z. B. höhere Energiepreise eine andere Bedeutung haben, als im Durchschnitt der anderen Branchen. Die Industrie ist zudem für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland von besonderer Bedeutung, da sie über lange Wertschöpfungsketten mit vielen anderen Sektoren der Wirtschaft verflochten ist. Deutschland verfügt mit dem „Netzwerk Industrie“, also der einzigartigen und für die technologische Entwicklung wertvollen Verflechtung zwischen Industrie, Dienstleistern und Forschung, über einen

Strom- und Energiekosten sind auf breiter Front gestiegen

Seit der Tiefpreisphase im Frühjahr 2020 infolge der Corona-Einschränkungen sind die Preise für Strom, Gas und Öl bis Sommer 2021 stark gestiegen. Der Strompreis ist insbesondere aufgrund der deutlich teureren CO₂-Zertifikate im Europäischen Emissionshandel auf ein Niveau gestiegen, das seit 2008 nicht mehr erreicht wurde.¹ Nur jeweils drei Prozent der Unternehmen geben an, dass sie für Strom bzw. Energie insgesamt weniger ausgeben als im Jahr zuvor. In den vergangenen Jahren hat der Anteil der Firmen, die von steigenden Strompreisen berichten, immer überwogen. Die Politik hat sich auf eine weitere Absenkung der EEG-Umlage durch Haushaltsmittel verständigt. Abzuwarten bleibt, ob dies dazu führt, dass zukünftig wieder mehr Unternehmen von gesunkenen Preisen berichten. Die Entwicklung der Energiepreise hängt neben der nationalen CO₂-Bepreisung vor allem von der Entwicklung der internationalen Märkte ab.



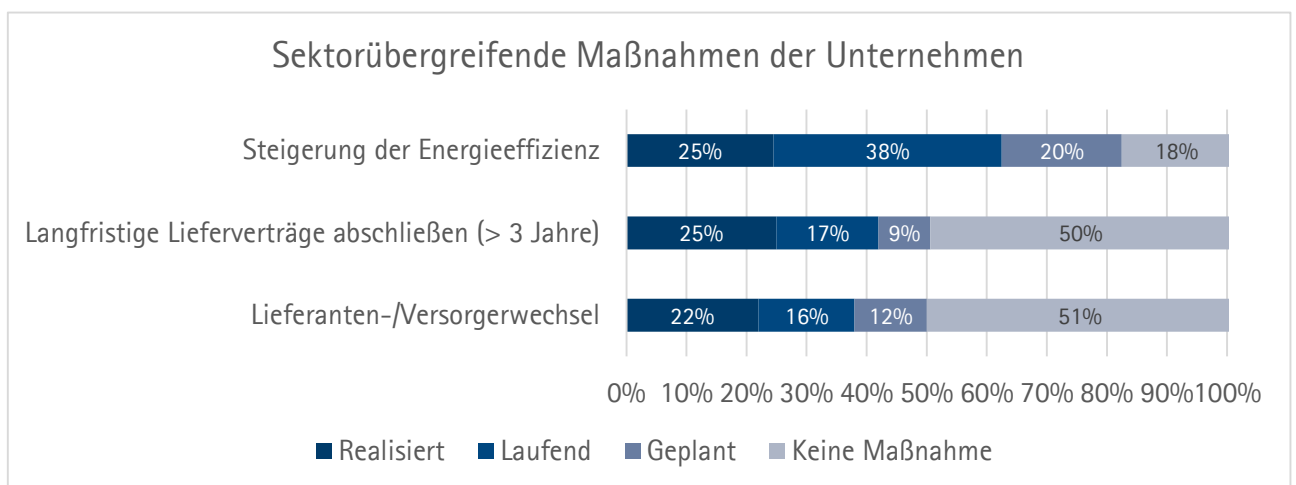
¹ Grafiken zur Entwicklung der Strompreise s. [hier](#) und für die Energiepreise s. [hier](#).

Wirtschaft engagiert sich mit vielfältigen Aktivitäten im Klimaschutz

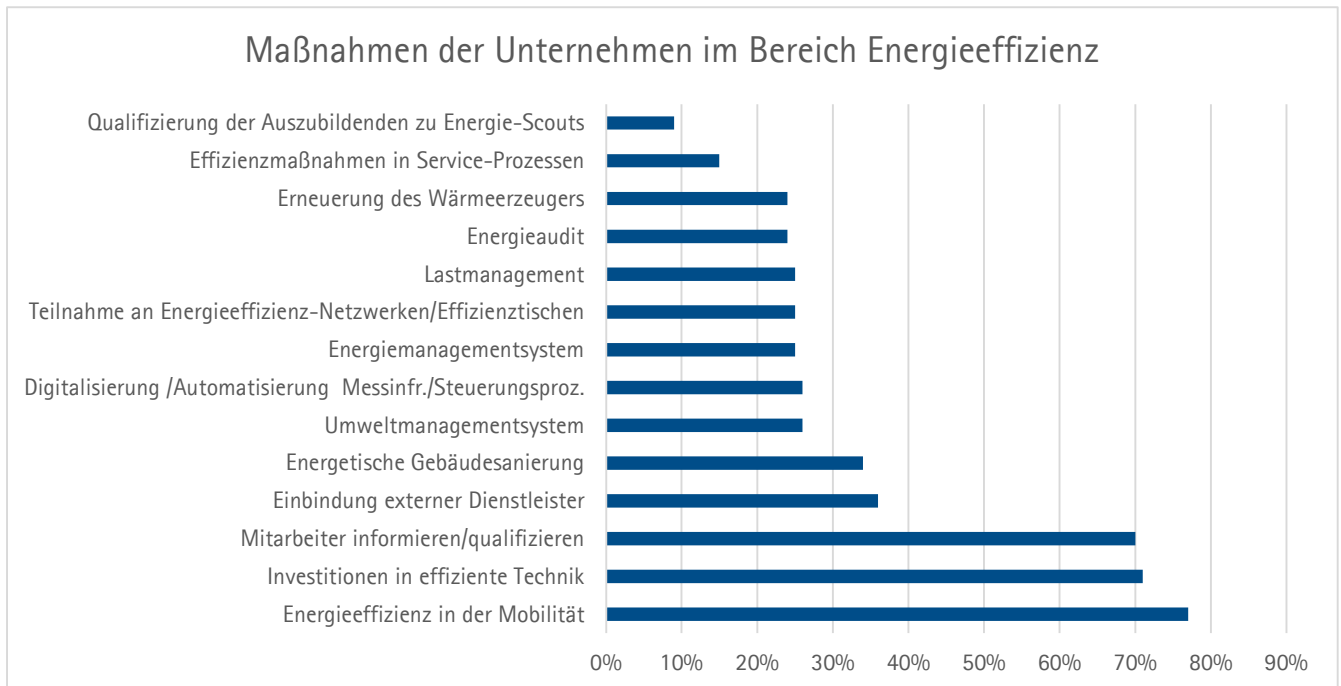
Energiewende und Klimaschutz erfordern von den Unternehmen umfangreiche Investitionen und innerbetriebliche Anpassungen: Dazu zählen Investitionen in effiziente Maschinen, der Bezug oder die eigene Erzeugung erneuerbarer Energien, die Nutzung von Elektromobilität sowie die Bilanzierung und Kompensation von Treibhausgasemissionen. Darüber hinaus werden zunehmend Maßnahmen wichtiger, die eigene Kundinnen und Kunden sowie Lieferantinnen und Lieferanten einbeziehen und insofern über die innerbetriebliche Optimierung hinausgehen. Hierzu gehört beispielsweise die Ausrichtung des Unternehmens auf klimaschonende Produkte und Dienstleistungen.

Steigerung der Energieeffizienz ist Kern des betrieblichen Energiemanagements

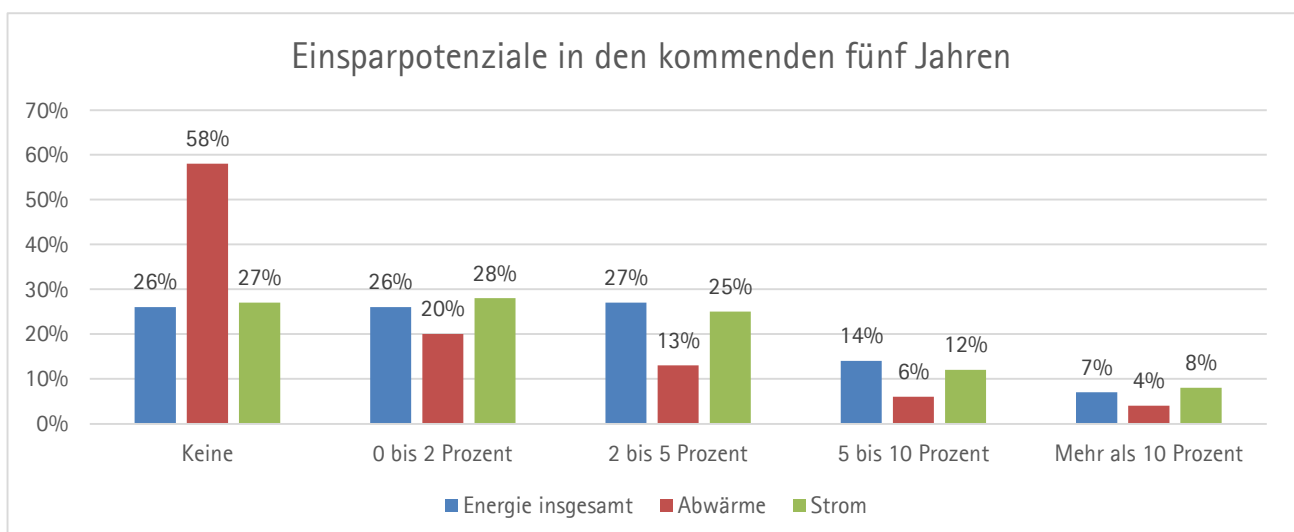
Nicht zuletzt aufgrund steigender Strom- und Energiepreise gewinnen Energieeffizienzmaßnahmen weiter an Fahrt: So wuchs die Zahl der Unternehmen, die solche Maßnahmen aktuell planen, binnen Jahresfrist um fünf Punkte auf 20 Prozent. Angesichts absehbar wachsender Kosten beim Einsatz fossiler Energieträger ist von einem fortdauernd hohen Interesse an Energieeffizienz in der Wirtschaft auszugehen. Für die Hälfte der Betriebe sind dabei langfristige Energielieferverträge sowie ein Wechsel des Lieferanten ein Thema.



Mit Blick auf die einzelnen konkreten Maßnahmen der Unternehmen im Bereich der Energieeffizienz fällt neben der großen Bandbreite ins Auge, dass das Thema Mobilität ganz oben auf der Effizienzagenda angekommen ist. Der Einsatz von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben aller Art kommt der betrieblichen Energieeffizienz zugute. Investitionen in effiziente(re) Technik erfreuen sich großer Beliebtheit und lassen weitere Steigerungen des effizienten Energieeinsatzes in den Betrieben erwarten. Aufgrund der Corona-Einschränkungen konnten nicht alle Maßnahmen gleichermaßen umgesetzt werden. Darunter litten insbesondere Qualifizierungsmaßnahmen für Beschäftigte.



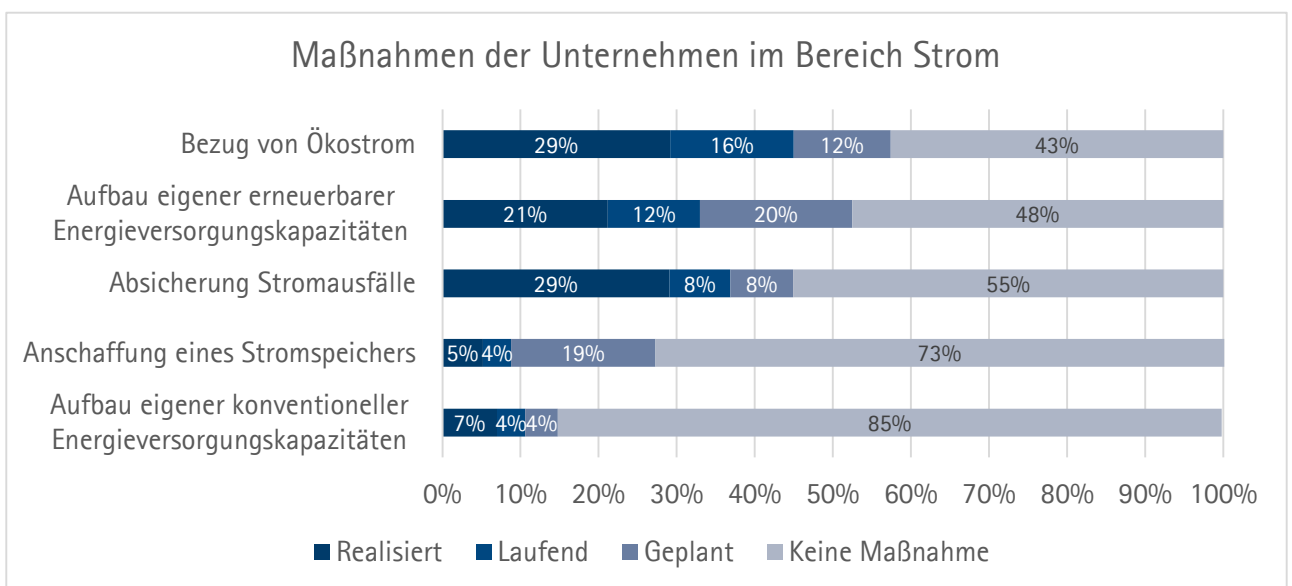
Eine knappe Mehrzahl der Betriebe (52 Prozent) sieht in den nächsten fünf Jahren keine oder nur geringe Energieeinsparpotenziale. Dies gilt insbesondere für Abwärme (78 Prozent), aber auch für den Stromeinsatz (55 Prozent). Nur eine Minderheit von sieben Prozent sieht Einsparpotenziale von über zehn Prozent im eigenen Betrieb. Zwei von fünf Unternehmen geben an, dass sie zwischen zwei und fünf Prozent des Energieeinsatzes einsparen können. Gegenüber 2014 haben die Einsparpotenziale in den Betrieben deutlich abgenommen: Damals hatten lediglich 36 Prozent der Betriebe keine oder nur geringe Möglichkeiten gesehen, den Energieeinsatz zu verringern.³ Viele der „tiefhängenden Früchte“ sind geerntet und die Grenzkosten zusätzlicher Effizienzmaßnahmen steigen. Auch sehen Unternehmen zum Teil nach aktuellem technischen Stand keine aktuellen Einsparmöglichkeiten in verschiedenen Produktionsprozessen, beispielsweise bei der Elektrolyse.



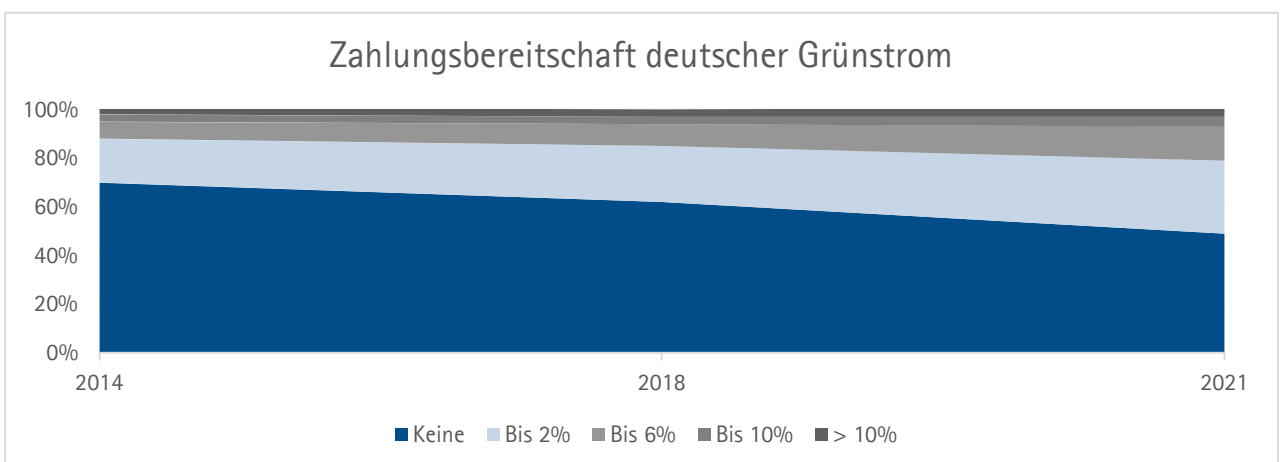
³ Vgl. Energiewende-Barometer 2014.

Interesse an Grünstrom hoch – Zahlungsbereitschaft wächst

Im Strombereich setzen bereits sehr viele Unternehmen auf den Einsatz erneuerbarer Energien: So beziehen 57 Prozent bereits Ökostrom oder arbeiten daran. Mit dem direkten Einsatz erneuerbarer Energien – insbesondere der Photovoltaik – auf dem Betriebsgelände beschäftigen sich 52 Prozent. Nochmals etwas mehr Betriebe interessieren sich für Stromspeicher, um ihren Energieeinsatz zu flexibilisieren (27 Prozent nach 25 Prozent im Vorjahr). Dagegen stagniert der Einsatz eigener konventioneller Stromerzeugungsanlagen. Die Absicherung gegen Stromausfälle ist für knapp die Hälfte der Firmen ein Thema.

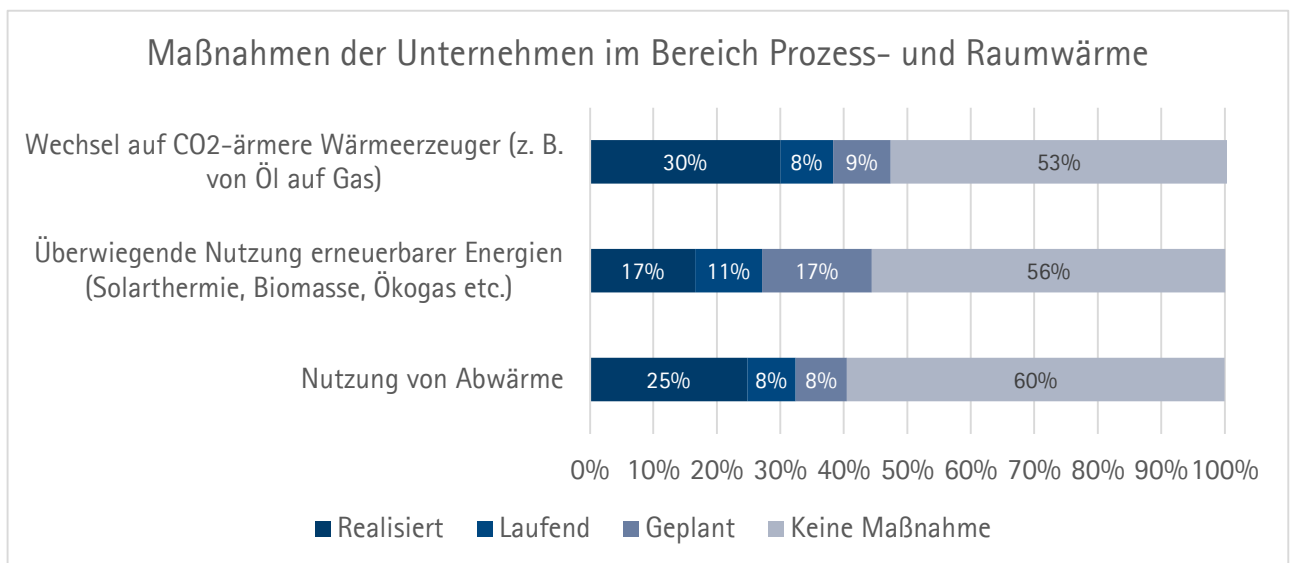


Die Zahlungsbereitschaft für zertifizierten deutschen Grünstrom hat in den vergangenen sieben Jahren in der Wirtschaft stark zugelegt. Hatten 2014 nur 30 Prozent der Betriebe ihre Bereitschaft erklärt, für solchen Strom im Vergleich zu konventionellem Graustrom mehr auszugeben, sind es mittlerweile 51 Prozent. Mit 56 Prozent können sich noch etwas mehr Unternehmen vorstellen, für zertifizierten regionalen Grünstrom tiefer in die Tasche zu greifen. Die Regionalität der Stromerzeugung kann damit für manche Betriebe ein Unterscheidungsmerkmal beim Stromeinkauf sein.



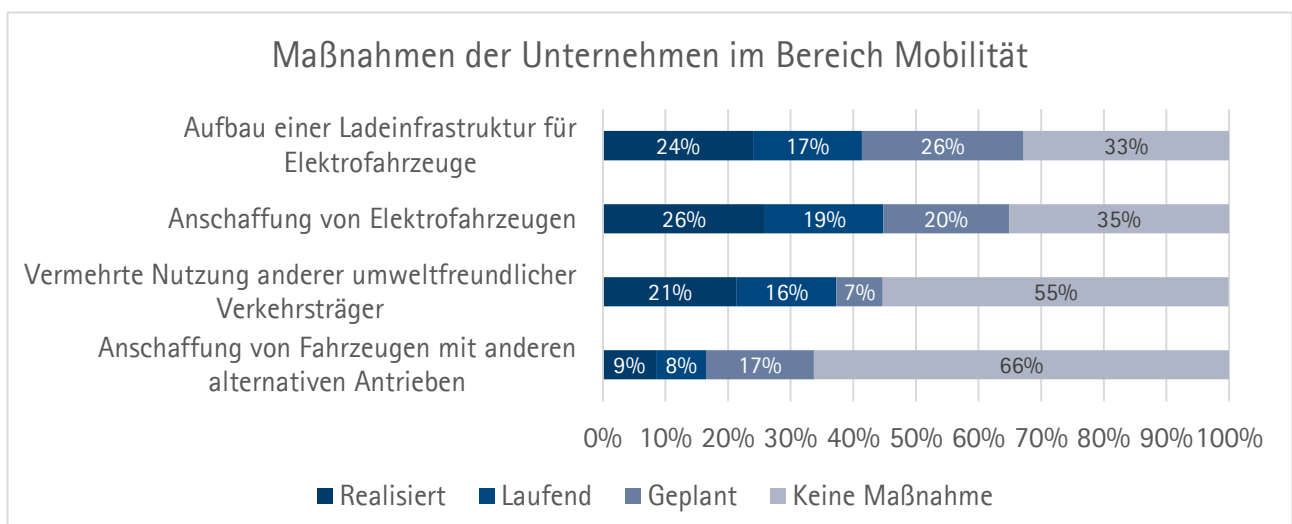
Wärmeversorgung: Viele EE-Projekte in der Pipeline

Im Wärmebereich ist der Einsatz erneuerbarer Energien ebenfalls auf dem Vormarsch: 17 Prozent der Betriebe berichten, dass sie bereits überwiegend Solarthermie, Biomasse und Co. einsetzen. Weitere 28 Prozent geben an, derzeit an Projekten zu arbeiten oder solche zu planen – ein Plus von 10 Prozentpunkten gegenüber 2019. Zudem befasst sich fast die Hälfte der Unternehmen mit dem Umstieg auf CO₂-ärmere Wärmeerzeuger (2019: 43 Prozent). Das Interesse an Abwärmenutzung stagniert hingegen.



Betriebliche Mobilität: Alternative Antriebe mittlerweile Standard

Fahrzeuge aller Art mit alternativen Antrieben gehören heute zum betrieblichen Alltag sehr vieler Unternehmen. Zwei Drittel der befragten Firmen nutzen bereits Elektrofahrzeuge oder führen diese gerade ein. Parallel zum eigenen Fahrzeugbestand wird zusätzlich in betriebliche Ladeinfrastruktur investiert. Bei anderen alternativen Antrieben ist eine solche Dynamik derzeit nicht zu beobachten.

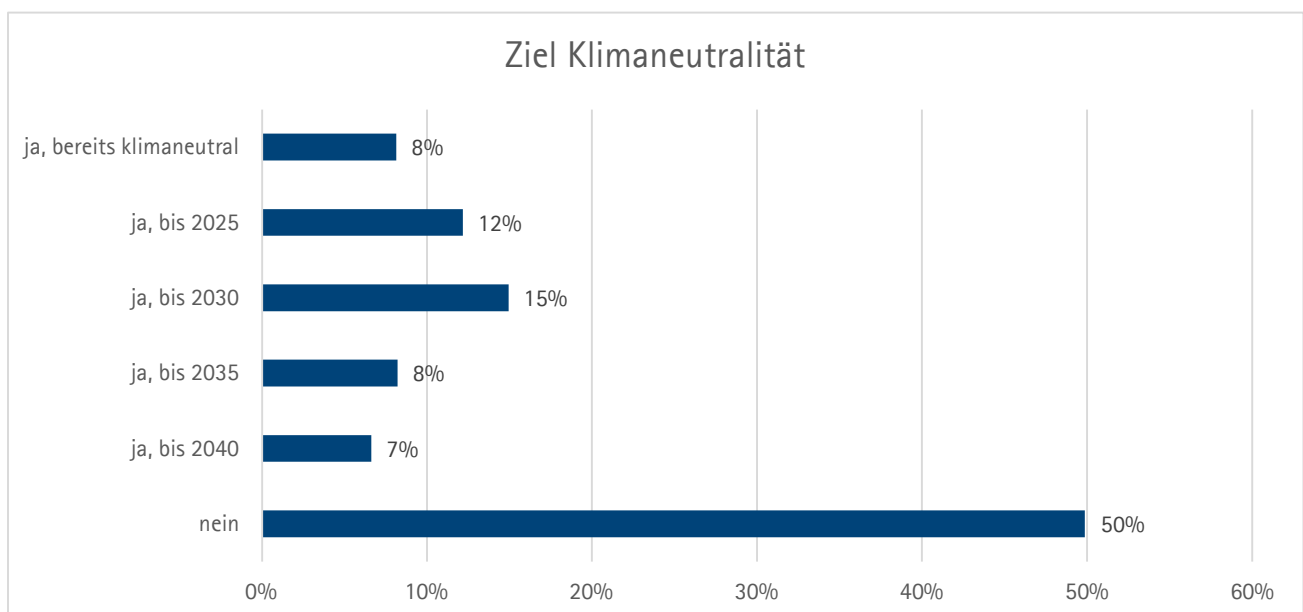


Erstmals wurden die Betriebe nach der Nutzung anderer umweltfreundlicher Verkehrsträger gefragt. Das Automobil bleibt der Standard. Jedoch sind mehr als 20 Prozent in der Planungs- bzw. Umsetzungsphase für die Nutzung anderer umweltfreundlicher Verkehrsträger (Bus, Bahn, Fahrrad etc.), ein weiteres Fünftel nutzt diese bereits vermehrt.

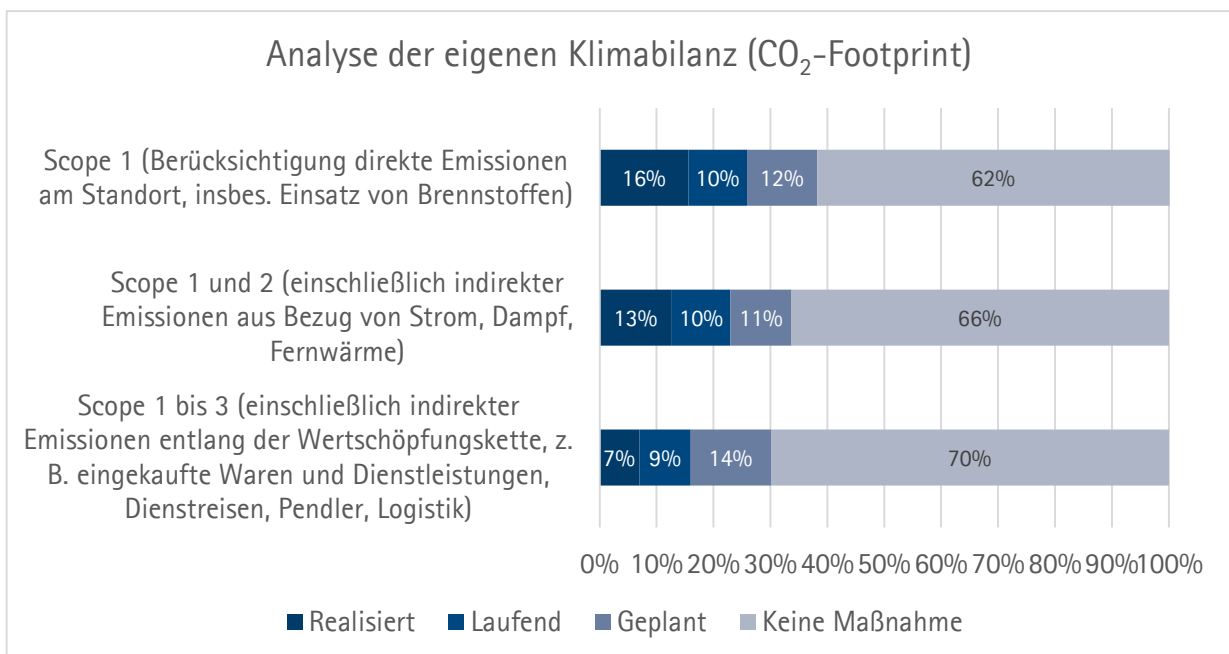
Betrieblicher Klimaschutz: CO₂-Bilanzierung und Klimaneutralität mit Ausbaupotenzial

Mit dem politischen Ziel der Klimaneutralität bis 2045 geht die Klimaneutralität nahezu aller Unternehmen einher. Die Hälfte der Betriebe hat sich bereits Klimaneutralität als Ziel gesetzt. In der Industrie ist der Anteil mit 56 Prozent etwas höher. Um die eigene Klimabilanz zu verbessern, ist es zunächst notwendig, die Treibhausgasemissionen des Unternehmens sowie die Tätigkeiten, durch welche sie verursacht werden, zu identifizieren.

Bei der Erstellung eines CO₂-Footprints wird unterschieden, wie umfassend Emissionen berücksichtigt werden. 16 Prozent der Unternehmen erfassen bereits die direkten Emissionen am Standort (Scope 1), zehn Prozent bereiten die Erfassung vor und zwölf Prozent planen sie. Etwas geringer ist der Anteil der Unternehmen, die zusätzlich auch die indirekten Emissionen (Scope 2) aus dem Bezug von Strom, Dampf und Fernwärme erfassen bzw. erfassen wollen. Sieben Prozent berücksichtigen darüber hinaus die indirekten Emissionen entlang der Wertschöpfungskette (Scope 3). Dazu zählen unter anderem die Emissionen aus Dienstreisen, Arbeitswegen sowie eingekauften und verkauften Waren und Dienstleistungen. Bei den meisten Unternehmen sind die Emissionen des Scope 3 am größten, da bei der Herstellung von Grundstoffen viele Emissionen entstehen.

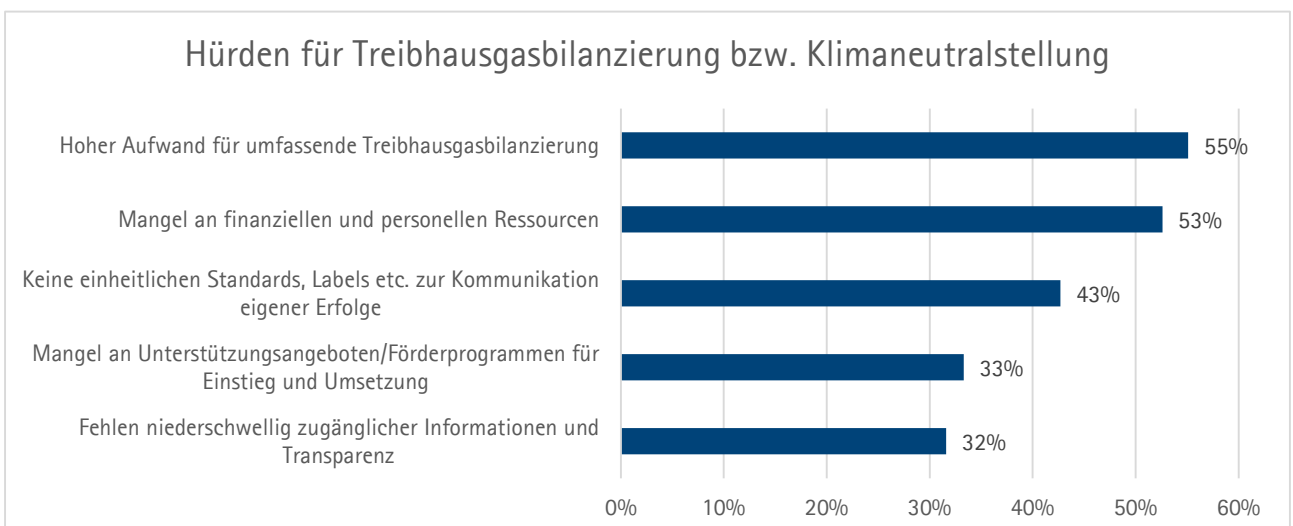


Ein Teil der Unternehmen (acht Prozent) wirtschaftet nach eigenen Angaben bereits klimaneutral. Etwas mehr als ein Viertel plant, im Zeitraum bis 2030 Klimaneutralität zu erreichen. Nicht abgefragt wurde, auf welche Emissionskategorien sich das Ziel Klimaneutralität bezieht, d. h. ob bspw. durch Vorprodukte und Produkte erzeugte Emissionen mit einbezogen werden, die Teil des „Scope 3“ sind. Nicht erfragt wurde zudem, ob die Klimaneutralität durch Maßnahmen im Unternehmen erreicht wurde oder ob (ergänzend oder vollständig) Kompensationsmechanismen genutzt werden.



Hoher Aufwand für Klimabilanzierung schreckt ab

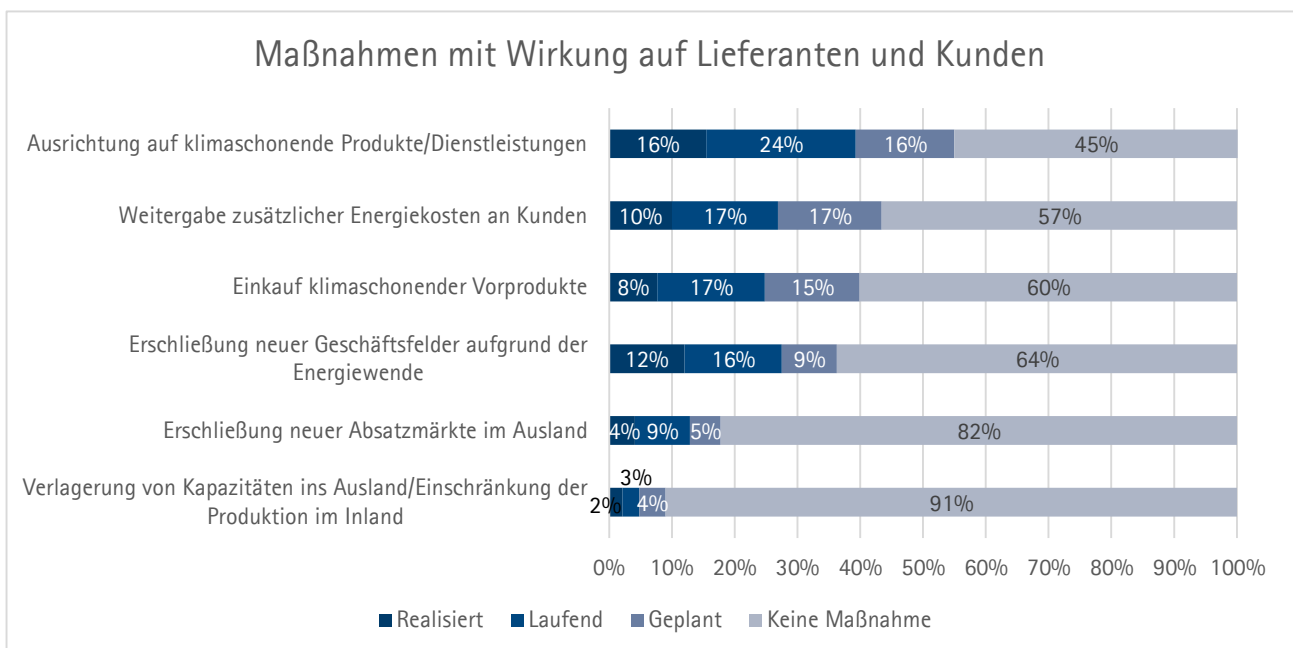
Als Hürden für die Erstellung eines CO₂-Footprints sehen die Unternehmen vorwiegend den Aufwand für eine umfassende Treibhausgasbilanzierung (55 Prozent) und fehlende finanzielle und personelle Ressourcen im Betrieb (53 Prozent). Ein Teil der Unternehmen (43 Prozent) zögert mangels einheitlicher Standards für die Kommunikation der eigenen Erfolge im Klimaschutz.



Jeweils rund ein Drittel der Unternehmen wünscht sich mehr Unterstützungsangebote und Förderprogramme sowie einfach zugängliche Informationen für den Einstieg in die betriebliche Klimabilanz und deren Umsetzung.

Zunehmend Maßnahmen mit Wirkung auf Zulieferer und Kunden

Neben den oben beschriebenen Maßnahmen, die Energiewende, Klimaschutz und Effizienzsteigerung im Betrieb voranbringen, ergreifen immer mehr Unternehmen Maßnahmen, die sich auf Lieferanten und Lieferantinnen sowie Kunden und Kundinnen auswirken: Am weitesten verbreitet ist die Ausrichtung des eigenen Angebots auf klimaschonende Produkte und Dienstleistungen. Bei 16 Prozent der Unternehmen wird dies bereits gemacht. Weitere 40 Prozent sind dabei, dies umzusetzen oder zu planen. Für zwölf Prozent der Unternehmen war die Energiewende Anlass, ganz neue Geschäftsfelder zu erschließen, weitere 25 Prozent sind in der Umsetzung und Planung für diesen Schritt. Umgekehrt richten acht Prozent ihre Nachfrage auf klimaschonende Vorprodukte aus, weitere 32 Prozent haben dies vor. Gerade aus der Industrie sind hier in Zukunft starke Impulse zu erwarten.



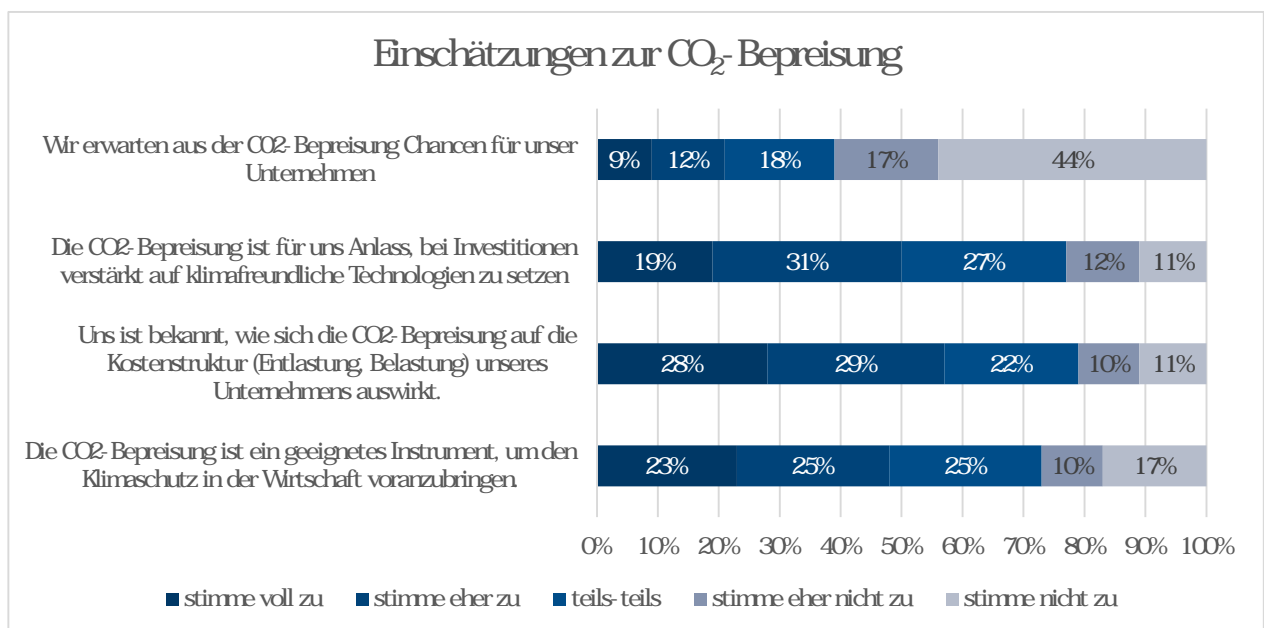
Eine Belastung, insbesondere für energieintensivere Unternehmen, sind die zusätzlichen Kosten, die durch die Energiewende – z. B. in Form der EEG-Umlage auf Strom – bei den Unternehmen anfallen. Zehn Prozent der Umfrageteilnehmer sehen sich gezwungen, diese Kosten zumindest teilweise an ihre eigenen Kundinnen und Kunden weiterzugeben. Bei 34 Prozent ist die Kostenweitergabe in der Umsetzung oder zumindest geplant, in der Industrie sogar bei 43 Prozent. Der hohe Anteil noch nicht erfolgter Kostenweitergabe spiegelt wider, dass dies für Unternehmen – insbesondere in wettbewerbsintensiven Branchen – nicht ohne Weiteres möglich ist. Im Extremfall ist eine (teilweise) Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland oder die Einschränkung der Produktion in Deutschland unumgänglich. Fünf Prozent der Industrieunternehmen sind diesen Schritt bereits gegangen, bei sieben Prozent laufen die Vorbereitungen, neun Prozent planen Verlagerungen. Hintergründe sind neben hohen Strom- und Energiekosten auch andere Standortfaktoren, wie z. B. lange Genehmigungsverfahren oder stark

divergierende Umwelt- und Klimaschutzambitionen/Standards, welche inländische Produzenten in ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen

B U h] c b ! U 6 Y d f 7 Y C] g i b [. ' 5 i g k] f _ i b [' \ } i Z] [' b c

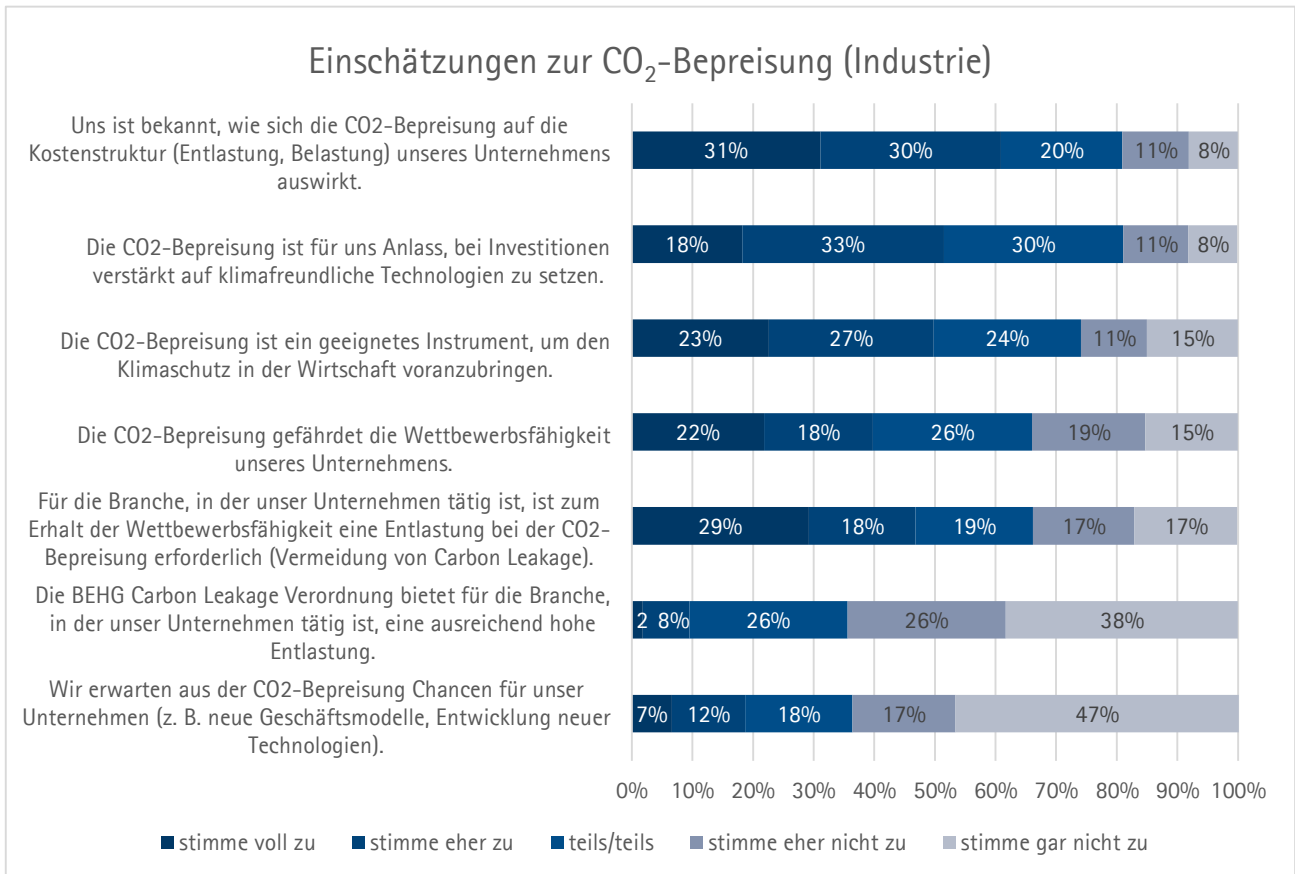
Zum Jahresanfang ist in Deutschland die CO₂-Bepreisung auf Brennstoffe (Erdgas, Diesel, Benzin etc.) eingeführt worden. 21 Prozent (2019: 27 Prozent) der Unternehmen kennen die Wirkung der CO₂-Bepreisung auf die eigene Kostenstruktur (noch) nicht. Für weitere 22 Prozent (2019: 25 Prozent) ist die Kostenwirkung bislang nur teilweise ersichtlich. Die Hälfte der Unternehmen nimmt sie zum Anlass, bei Investitionen verstärkt auf klimafreundliche Technologien zu setzen. Nur knapp ein Viertel (23 Prozent) sieht diese Wirkung für das eigene Unternehmen nicht bzw. eher nicht.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Einschätzung, ob die CO₂-Bepreisung ein geeignetes Instrument ist, um den Klimaschutz in der Wirtschaft voranzubringen. 48 Prozent stimmen dieser Aussage (eher) zu, 27 Prozent sehen das Instrument (eher) kritisch. Bei den Kritikern dürfte insbesondere eine Rolle spielen, dass nicht in allen Bereichen heute wirtschaftliche Alternativen zum Einsatz von Gas oder Öl zur Verfügung stehen und der Preis damit keine Lenkungswirkung entfalten kann. Dies ist z. B. im Bereich der industriellen Hochtemperaturprozesswärme der Fall. Bei den Unternehmen, die den CO₂-Preis (eher) positiv bewerten, spielt eine Rolle, dass Umstiege z. B. von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor auf E-Fahrzeuge attraktiver werden und damit betriebliche Investitionsentscheidungen erleichtern.



Der Anteil der Betriebe, die aus der CO₂-Bepreisung (eher) Chancen für das eigene Unternehmen erwarten, ist mit 21 Prozent insgesamt gering. In der Industrie liegt der Wert mit 19 Prozent noch etwas niedriger. Zugleich werden die Kostenrisiken dort deutlich stärker wahrgenommen als in anderen Branchen. Fast die Hälfte der Industrieunternehmen (47 Prozent) stimmt der Aussage zu, dass zum Erhalt der

Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Branche Entlastungen bei der CO₂-Bepreisung erforderlich sind. Dazu passend sehen in der Industrie 40 Prozent der Unternehmen durch die CO₂-Bepreisung ihre Wettbewerbsfähigkeit gefährdet.

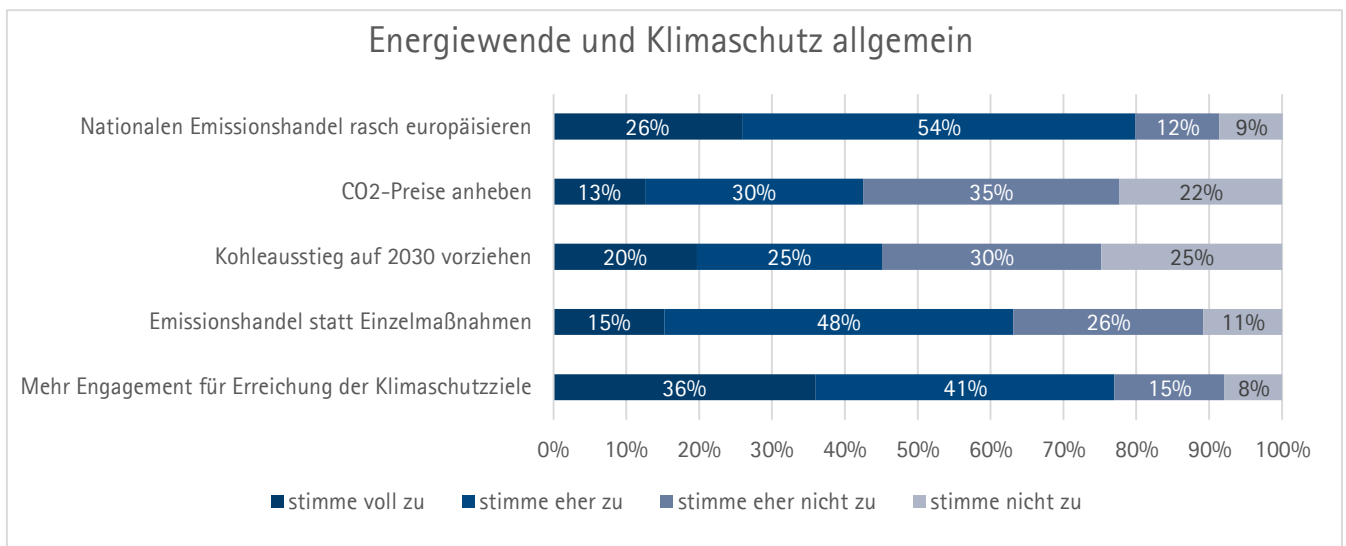


Für knapp zwei Drittel der Industriebetriebe (64 Prozent) ist die von der Politik auf den Weg gebrachte Entlastung, mit der die Verlagerung von Produktion und assoziierten CO₂-Emissionen (Carbon Leakage) vermieden werden soll, eher nicht ausreichend. Betroffen sind vor allem Betriebe der zweiten oder dritten Wertschöpfungsstufe wie z. B. Metallweiterverarbeiter oder Oberflächenveredler. Solche Betriebe sind häufig zu klein, um unter das europäische Handelssystem (ETS) zu fallen, benötigen aber im Vergleich zum Umsatz viel Hochtemperaturprozesswärme.

Empfehlungen der Unternehmen an die neue Bundesregierung

Ja zu mehr Klimaschutz, aber mit umfassendem Emissionshandel

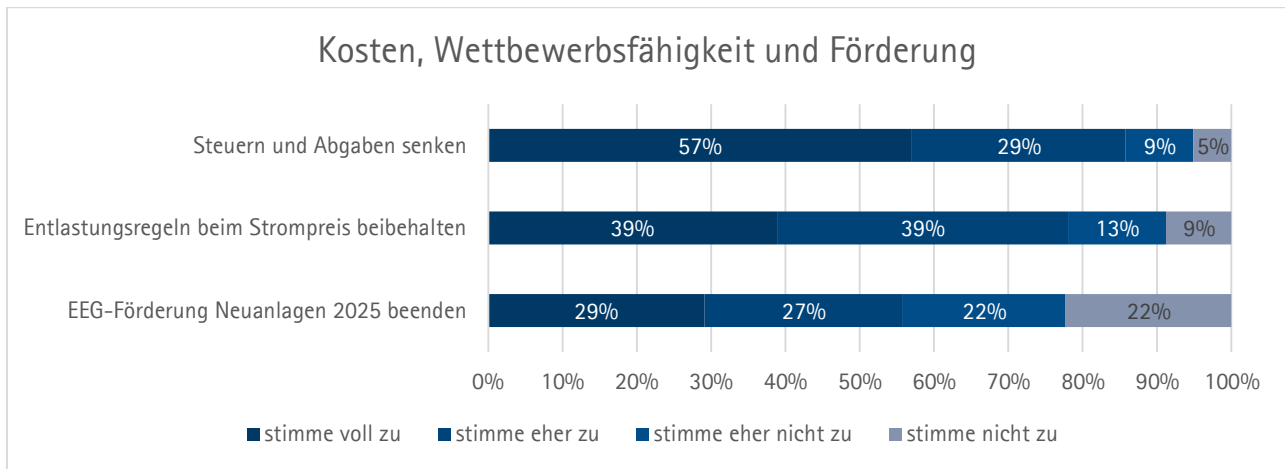
Im Jahr der Bundestagswahl sehen die Unternehmen politischen Handlungsbedarf in vielen Feldern, um die Energiewende sicher, bezahlbar und umweltverträglich zu gestalten. 77 Prozent empfehlen der Politik, mehr für das Erreichen der Klimaschutzziele zu tun. Dahinter verbirgt sich aber nicht zwangsläufig der Wunsch nach neuen und zusätzlichen Einzelmaßnahmen: Vielmehr befürworten es 63 Prozent der Betriebe, die Klimaschutzanstrengungen (eher) auf einen umfassenden Emissionshandel zu konzentrieren und dafür andere Maßnahmen abzubauen.



In diesem Zusammenhang plädieren vier von fünf Betrieben dafür, die nationale CO₂-Bepreisung in ein europäisches System zu überführen und damit ähnliche (Wettbewerbs-)Bedingungen in Europa zu schaffen. Das Legislativpaket der EU zur Umsetzung der Klimaschutzziele des Green Deal sieht dies in Teilen vor. Ein Mehr an Maßnahmen wäre, den Kohleausstieg auf 2030 vorzuziehen und/oder die CO₂-Preise im nationalen wie im europäischen System anzuheben. Beiden Vorhaben stimmt eine Mehrheit von mehr als 50 Prozent der Firmen nicht bzw. eher nicht zu.

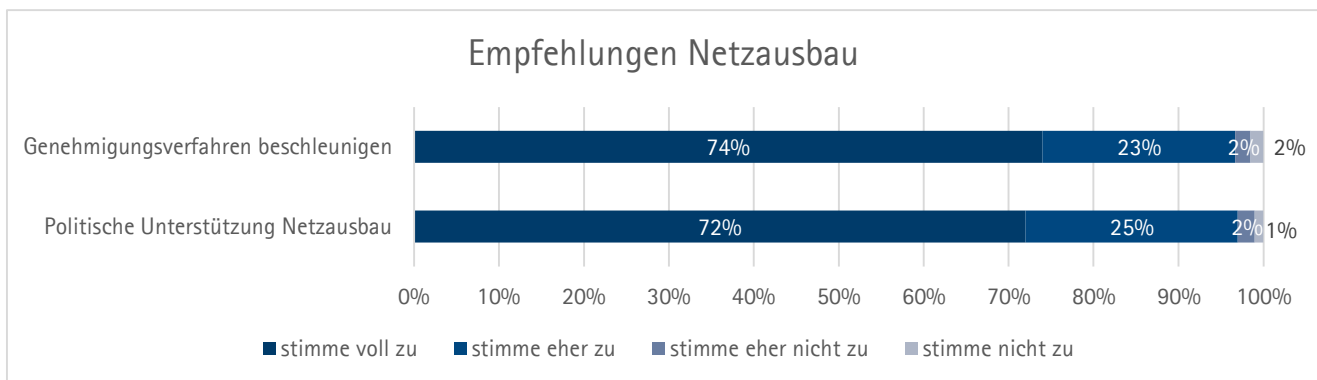
Steuern und Abgaben auf den Strompreis senken

Ein Großteil der Unternehmen (86 Prozent) empfiehlt, die Steuer- und Abgabenlasten beim Strompreis abzubauen. Dadurch könnte einerseits der Kostennachteil gegenüber Wettbewerbern mit Standort im Ausland und den dort geringeren Strompreisen reduziert werden. Andererseits würde der Stromeinsatz im Vergleich zur Nutzung fossiler Energieträger, wie Öl und Gas, attraktiver. Vier von fünf Betrieben halten es aber darüber hinaus für notwendig, stark belastete Unternehmen generell von hohen Abgaben auf Strom zu entlasten. Die Frage, ob die Förderung neuer Windräder, Solar- und Biomasseanlagen bis 2025 beendet werden soll, ist hingegen deutlich umstrittener. Eine Mehrheit von 56 Prozent der Betriebe spricht sich voll bzw. eher dafür aus, dass die Förderung mit dem Ende der anstehenden Legislaturperiode ausläuft.

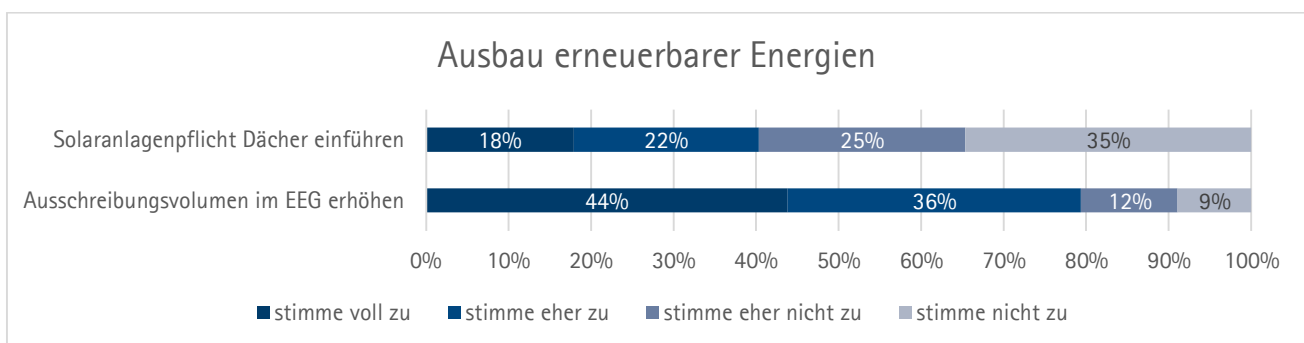


Netze, Netze, Netze

Sehr einmütig sind die Empfehlungen der Wirtschaft zum Netzausbau: Die Politik sollte sich wahrnehmbar hinter den Netzausbau stellen und vor allem auch Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen. Diese beiden Empfehlungen erreichen den Spitzenplatz aller Vorschläge und zeigen den dringenden Handlungsbedarf, den die Unternehmen in diesem Feld sehen.



Ausschreibungsvolumen im EEG erhöhen, Solarpflicht wird eher kritisch gesehen

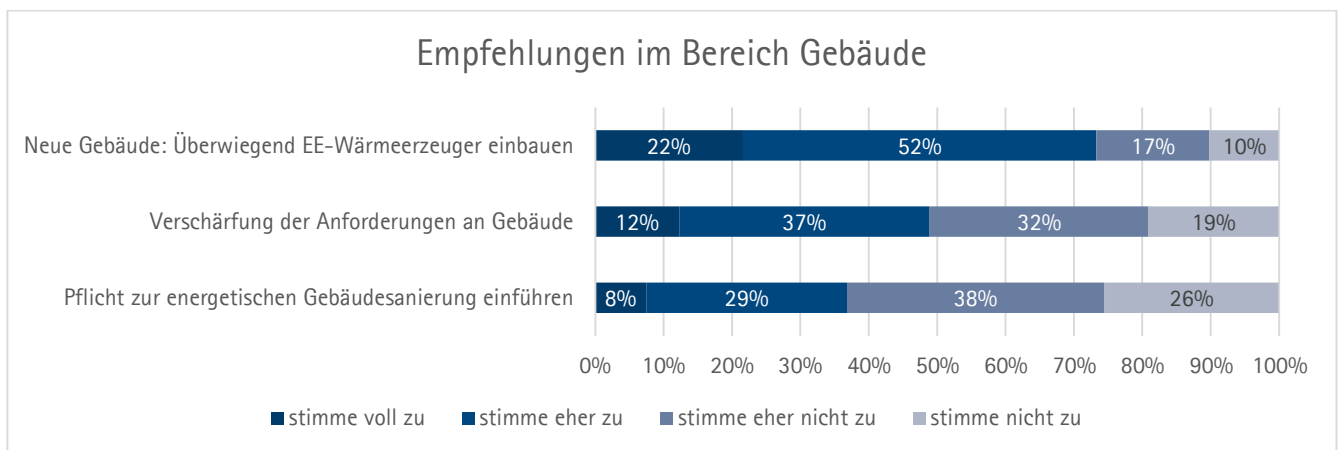


Eine große Mehrheit der Betriebe möchte das Ausschreibungsvolumen erneuerbarer Energien im EEG erhöhen, um die Klimaschutzziele zu erreichen und die wegfallenden Strommengen aus Kohle und Kernkraft zu kompensieren. In

diesem Gesetz sind jahresscharfe Ausschreibungsmengen für Photovoltaik, Wind an Land und See sowie Biomasse festgelegt, auf die sich Unternehmen um eine Förderung bewerben können. Die günstigsten Gebote erhalten einen Zuschlag. Wesentlich skeptischer als eine Erhöhung der EEG-Ausschreibungen fällt das Votum hinsichtlich einer Verpflichtung aus, Solaranlagen auf eigenen Dächern zu installieren: 60 Prozent lehnen dies mindestens eher ab.

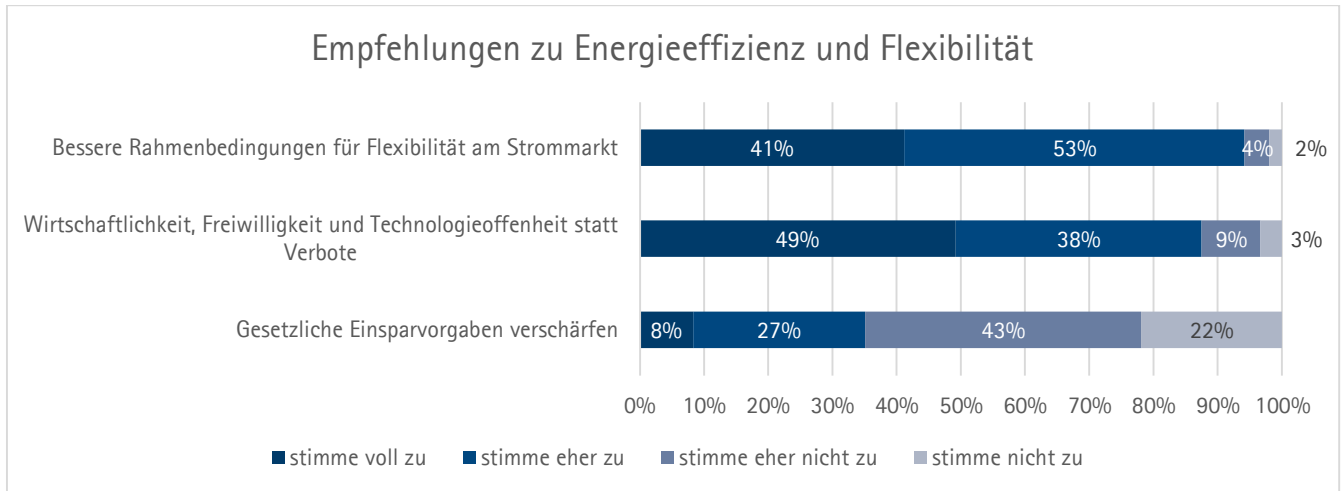
Sanierungspflicht für Gebäude findet keine Mehrheit

Ebenfalls mehrheitlich kritisch gesehen wird mit 64 Prozent eine Pflicht zur energetischen Gebäudesanierung. Für eine Verschärfung der Effizienzanforderungen für Neubauten ergibt sich kein eindeutiges Stimmungsbild (contra: 51 Prozent, pro: 49 Prozent). Hingegen sprechen sich fast drei Viertel der Unternehmen dafür aus, bei neuen Gebäuden überwiegend Wärmepumpen, Solarthermie und Co. zu nutzen – ein Indiz dafür, dass aus Unternehmenssicht eher das Angebot an erneuerbaren Energien verbessert werden sollte, als die Anforderungen an die Gebäudehülle weiter zu verschärfen.



Technologieoffenheit statt gesetzliche Einsparvorgaben

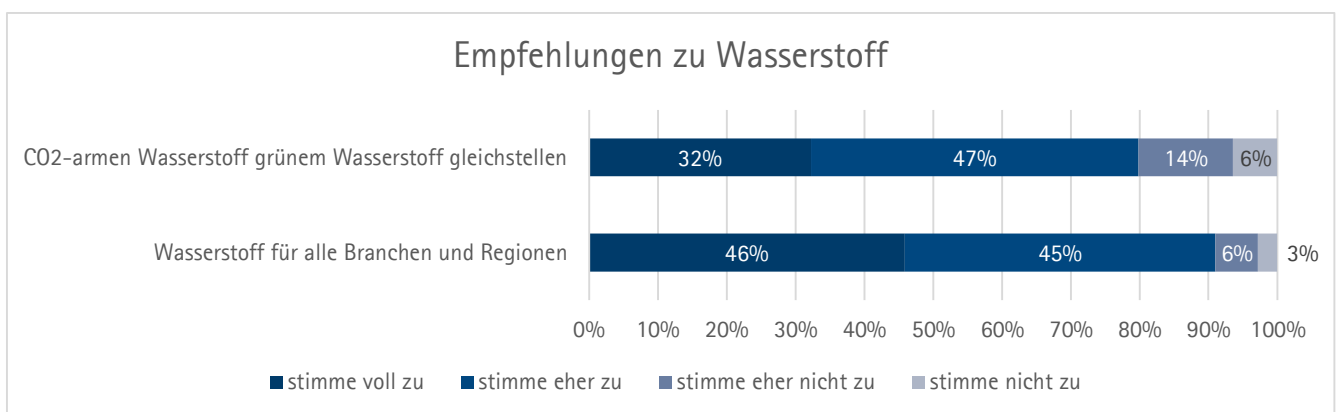
Zwei Drittel der Unternehmen sehen verschärfte gesetzliche Einsparvorgaben für Energie eher kritisch. Zudem sind sogar 87 Prozent der Betriebe der Meinung, dass die Politik im Bereich der Energieeffizienz verstärkt eher auf Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit setzen sollte. Bei den Rahmenbedingungen für den Einsatz von Nachfrageflexibilität an den Strommärkten sehen mit 94 Prozent fast alle Betriebe noch Verbesserungsbedarf. Zum Beispiel könnte die Netzentgeltsystematik so angepasst werden, dass eine kurzfristige Erhöhung des Strombezugs von Industriebetrieben aufgrund hoher Einspeisung erneuerbarer Energien nicht mit höheren Netzentgelten verhindert wird. Zumindest wenn die Netze dadurch nicht überlastet werden.



CO₂-armer Wasserstoff für alle

In Sachen Wasserstoff gibt es derzeit vor allem ein Diskussionsthema für die Unternehmen: Die Farbenlehre. Es geht darum, ob ausschließlich mit erneuerbarem Strom hergestellter Wasserstoff (sog. grüner Wasserstoff) freien Marktzugang erhalten sollte oder ob ihm CO₂-arm erzeugter Wasserstoff gleichgestellt werden sollte. Vier von fünf Betrieben sprechen sich dafür aus, dass die CO₂-Bilanz das Kriterium der Wahl sein sollte und nicht das Herstellungsverfahren.

Der zweite derzeit wichtige Diskussionsstrang dreht sich um die Frage, ob Wasserstoff bevorzugt in einzelnen Branchen eingesetzt werden sollte. Neun von zehn Betrieben sprechen sich dafür aus, keine Wirtschaftszweige zu bevorzugen, sondern Wasserstoff möglichst in allen Branchen und Regionen gleichermaßen anzubieten.



Klare Mehrheit für Alternativen zum E-Auto auch nach 2030

Die Wirtschaft vertritt den Grundsatz der Technologieoffenheit nicht nur bei den Themen Energieeffizienz und Wasserstoff, sondern auch bezüglich der Mobilität: Eine deutliche Mehrheit von 77 Prozent spricht sich dafür aus, dass es nach 2030 noch Alternativen zum Pkw mit Elektroantrieb für den Klimaschutz im Verkehr geben soll. Mehr als vier von fünf Betrieben sind für das Ende von Anreizen für Fahrzeuge mit alternativen Antrieben, wenn diese wettbewerbsfähig sind.

